



## Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Margit Wild, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Kathi Petersen SPD**

### **Bürgersorgen ernst nehmen: TiSA-Verhandlungen auf die Tagesordnung des Landtags setzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt im ersten Quartal 2015 eine öffentliche Anhörung zu den Verhandlungen über ein internationales „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (Trade in Services Agreement, TiSA) durch.

Dabei sollen Vertreter der zuständigen EU-Kommission Auskunft über Ziel, Verlauf und Stand der laufenden Verhandlungen geben und Experten betroffener bundesdeutscher Verbände und Organisationen zu Wort kommen.

### **Begründung:**

Die offiziell seit 2013 geführten Verhandlungen von EU, USA und 21 weiteren Staaten über ein internationales Dienstleistungsabkommen (TiSA) zielen auf eine weitgehende Liberalisierung von Dienstleistungen. Sie sind jedoch im Unterschied zu dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und Vereinigten Staaten (TTIP) bzw. dem europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA bislang ohne hinreichende öffentliche Beachtung in Bayern geblieben.

Aufgrund der außerordentlich großen Auswirkungen eines solchen Abkommens auf viele Lebensbereiche – öffentliche Dienstleistungen, Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Finanzsektor usw. – ist es unabdingbar, diese Entwicklung kritisch zu begleiten und den Interessen unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Nachdem jüngst selbst die für die TiSA-Verhandlungen zuständige Berichterstatterin im Europaparlament und ehemalige Vizepräsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, Alarm geschlagen hat, weil sie in den Verhandlungen eine Bedrohung für europäische Verbraucher sieht (siehe SPIEGEL, 24. November 2014), Kommunen sowie Gewerkschaften massive Befürchtungen hegen und sich viele besorgte Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen auch an den Bayerischen Landtag wenden, ist es höchste Zeit, das Thema aufzugreifen und in der Sache Stellung zu beziehen.